

SPD will junge Menschen zu mehr Beteiligung motivieren

Demokratie von Kindesbeinen an

Alle Nürnberger, die 18 Jahre alt werden, sollen künftig von OB Ulrich Maly zu einem „Rathaus-Clubbing“ (so der Arbeitstitel) eingeladen werden – einer Art Party mit jungen Leuten eines Geburtsjahrgangs. Die gerade volljährig Gewordenen will man so (noch) mehr für das öffentliche Leben in ihrer Stadt und die Möglichkeiten, selbst darauf Einfluss zu nehmen, interessieren. Dieser Plan wurde am Rande einer Pressekonferenz der Stadtrats-SPD bekannt, bei der es um Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihres Lebensumfelds und um das Thema Schuldemokratie ging.

Es war in den 90er Jahren, als auf Initiative des damaligen Stadtschuldirektors Dieter Wolz das Konzept „Schuldemokratie in Nürnberg“ beschlossen wurde. Davon sei nicht viel mehr übrig als ein Faltblatt in Gelb/Pink, meint die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Anja Pröll-Kammerer. Die Schüler-Eltern-Generation dieser Zeit sei durch, und heute wüssten nur wenige Schüler und Eltern, wie sie sich aktiv im Schulleben einbringen könnten. Mittlerweile, so

Pröll-Kammerer, habe sich an den Schulen einiges verändert, vieles auch zum Positiven, wenn man etwa an Ganztageschulen und das Mitspracherecht der Schülermitverwaltungen im Schulausschuss des Stadtrats denke.

Das Konzept Schuldemokratie müsse fortgeschrieben und auch die staatlichen Grund-, Mittel- und weiterführenden Schulen einbezogen werden. Schüler sollten ihre Wirksamkeit in demokratischen Abläufen austesten können. Die SPD-Stadträtin bezeichnet das als „Graswurzelarbeit an den Schulen“. Sie und ihre Kollegin Claudia Arabackj möchten die Schülerschaft stärken – eventuell auch finanziell durch ein eigenes Budget, das die Jugendlichen an ihrer Schule selbst verwalten sollten.

Claudia Arabackj möchte außerdem eine weitere Öffnung der Schulen in den jeweiligen Stadtteil hinein erreichen und die Mädchen und Jungen für außerschulische Projekte begeistern – so wie bei dem mitbestimmungsfördernden Projekt „Laut!“, das Jugendlichen unterschiedliche Formen der Beteiligung ermöglicht. Auch

über die 1993 eingesetzte Kinderkommission, die vor den Bürgerversammlungen des Oberbürgermeisters Kinderversammlungen für Sechs- bis 14-Jährige durchführt, können junge Menschen ihre Bedürfnisse und Wünsche sowie Änderungsvorschläge äußern.

Die beiden SPD-Rätinnen fordern, dass die bei solchen Gelegenheiten vorgebrachten Anregungen und Kritikpunkte schneller bearbeitet werden und nicht in einer langen Verwaltungsschleife landen. Klappe es mit der Realisierung dann nicht, müssten den Kindern die Gründe erklärt werden. Sonst bestehe die Gefahr, dass sie schon in jungen Jahren die Erfahrung machen, sie könnten ja doch nichts ausrichten – mit der Folge, dass sie sich als Erwachsene gar nicht mehr engagieren. Wenn nötig, müsse die Stadt in diesem Bereich mehr Geld in die Hand nehmen. In einem Antrag schlägt die SPD-Fraktion vor, die Verwaltung solle zusammen mit den Partnern von „Laut!“ und der Kinderkommission ein Konzept zur Weiterentwicklung der Beteiligungsmöglichkeiten erarbeiten. *Ute Wolf*